



Aktuelle Informationen aus Brüssel

Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

Nr. 09/ 09 vom 28.10.2009

I.	Aus den Fachbereichen.....	2
1.	Justiz	2
1.1.	Überarbeitung der Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug.....	2
1.2.	Abwicklung grenzüberschreitender Erbfälle soll vereinfacht werden.....	2
1.3.	EuGH-Urteil zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls	3
1.4.	Sitzung des Rates für Justiz und Inneres (JI-Rat) am 23. Oktober 2009	3
2.	Polizei und Katastrophenschutz	4
2.1.	stufenweise Aufhebung des Verbots von Flüssigkeiten an Bord von Luftfahrzeugen	4
2.2.	Zwei Personen aus sog. EU-Terrorliste gestrichen	4
2.3.	EU-Innenminister für Stärkung von Europol	4
2.4.	Europol und Eurojust - Zusammenarbeit durch neues Abkommen verstärkt	5
2.5.	Europol: Bericht zur Bedrohung durch organisierte Kriminalität „OCTA 2009“ veröffentlicht	5
2.6.	Sitzung des Rates für Justiz und Inneres (JI-Rat) am 23. Oktober 2009	5
2.7.	Sitzung des Gemischten Ausschusses zu VIS und SIS II	6
3.	Inneres.....	6
3.1.	Europäische Kommission nimmt Vorschläge zur Asylpolitik an („zweites Asyl-Paket“)	6
3.2.	Europäische Kommission: Einstellung von Vertragsverletzungsverfahren im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit.....	7
4.	Wirtschaft.....	8
4.1.	Online-Informationssystem SETIS in Betrieb genommen	8
4.2.	Neu: Auszeichnung „Europäische Unternehmerregion“	8
4.3.	Mario Monti neuer Berichterstatter für den Europäischen Binnenmarkt.....	8
4.4.	Überlegungen zu digitalem Binnenmarkt.....	8
4.5.	130 neue „Botschafterinnen“ in der EU	9
4.6.	Neues interaktives Instrument zur Reduzierung von CO2- Emissionen für Bürgermeister	9
4.7.	Kodex für höheren Frauenanteil im Technologiesektor	9
4.8.	Digitale Revolution im EU- Filmsektor gefährdet Kinobranche.....	9
4.9.	EU öffnet Mobilfunkfrequenzen für drahtlose Breitbanddienste	9
4.10.	Bürokratiebau: EU im Zeitplan.....	10
5.	Verkehr	10
5.1.	Verkehrsministerrat in Luxemburg.....	10
5.2.	Marco Polo: Überarbeitung veröffentlicht	10

6.	Energie	11
6.1.	Kommission fordert zusätzliche Mittel für CO2-arme Technologien.....	11
6.2.	Kommission ruft zu Energieeffizienzsteigerung im IKT-Sektor auf.....	11
7.	Gesundheit	11
7.1.	Kommission nimmt Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten in der EU in Angriff.....	11
8.	Verbraucherschutz	12
9.	Kultur und Medien	12
9.1.	Beihilfen für DVB-T Einführung in Berlin/Brandenburg rechtswidrig.....	12
10.	Forschung.....	12
10.1.	DAAD Broschüre zu ostdeutschen Hochschulen 20 Jahre nach dem Mauerfall.....	12
10.2.	Europäische Forschung: Experten fordern Renaissance	12
10.3.	Rechnungshof: Sonderbericht zu Exzellenznetzen und integrierten Projekten	12
11.	Land- und Forstwirtschaft / Fischerei.....	13
11.1.	Milchmarktkrise in der Landwirtschaft.....	13
11.2.	Fischerei	13
12.	Umwelt- und Naturschutz	13
12.1.	EU-Vorbereitungen zur Weltklimakonferenz.....	13
II.	Aus der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU	14
1.	Staatssekretär Dr. Harms eröffnet Kleistausstellung	14
2.	EU-Referenten aus Berlin und Brandenburg in Brüssel	14

I. Aus den Fachbereichen

1. Justiz

1.1. Überarbeitung der Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug

Die Richtlinie 2000/35/EG vom 29. Juni 2000 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr, die in Deutschland durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz umgesetzt wurde, soll willkürlichen Zahlungsverzug verhindern und insoweit gleiche Ausgangsbedingungen für alle Unternehmen in der EU schaffen. Mit der Neufassung sollen nunmehr die Wirksamkeit und Effizienz entsprechender Maßnahmen u.a. durch folgende Regelungen erhöht werden:

- Anspruch auf Beitreibung von Verwaltungskosten und Entschädigung für die aufgrund des Zahlungsverzugs entstandenen internen Kosten
- Verpflichtung öffentlicher Stellen zur Rechnungsbegleichung innerhalb von 30 Tagen
- Anspruch auf pauschale Entschädigung i.H.v. 5 % des Rechnungsbetrags ab dem ersten Tag des Verzugs (neben Verzugszinsen und Entschädigung für die Beitreibungskosten)
- Abschaffung der Möglichkeit, auf Zinszahlungen von weniger als 5 EUR zu verzichten

KOM-Vorschlag: http://ec.europa.eu/enterprise/regulation/late_payments/doc/ACT_DE.pdf

Richtlinie 2000/35/EG vom 29. Juni 2000: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2000:200:0035:0038:DE:PDF>

(Svea Bernhöft)

1.2. Abwicklung grenzüberschreitender Erbfälle soll vereinfacht werden

Mit Datum vom 14. Oktober 2009 hat die Kommission einen Vorschlag zur Vereinfachung der Abwicklung grenzüberschreitender Erbfälle vorgelegt. Nach Angaben der Kommission sind jährlich 450.000 neue grenzüberschreitenden Erbfälle zu verzeichnen mit einem geschätzten Vermögen i. H. v. über 120 Mrd. EUR. Die Abwicklung dieser Erbfälle wird durch die unterschiedlichen rechtli-

chen Regelungen hinsichtlich der Zuständigkeit und das anwendbare Recht erschwert. Der Verordnungsentwurf sieht daher u.a. folgende Regelungen vor:

- Zuständigkeit und anzuwendendes Recht richten sich grundsätzlich nach dem gewöhnlichen Aufenthaltsort des Erblassers zum Zeitpunkt des Todes, außer der Erblasser macht von seinem Recht, den Staat entsprechend der Staatsangehörigkeit zu wählen, Gebrauch
- gegenseitige uneingeschränkte Anerkennung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie
- Einführung eines europäischen Nachlasszeugnisses zum unkomplizierten Nachweis der Rechtsstellung von Erben und Nachlassverwaltern bzw. Testamentsvollstreckern.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14722.de09.pdf>

(Svea Bernhöft)

1.3. EuGH-Urteil zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls

Mit Urteil vom 6. Oktober 2009 (C-123/08) hat der EuGH entschieden, dass die EU-Staaten in Bezug auf die Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls eine unterschiedliche Behandlung von Inländern und Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten vorsehen können. Im vorliegenden Fall ging es um einen in den Niederlanden niedergelassenen deutschen Staatsangehörigen. Das niederländische Recht sieht vor, dass die Übergabe bei niederländischen Staatsangehörigen verweigert werden kann, bei Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten jedoch nur, wenn diese sich rechtmäßig fünf Jahre lang ununterbrochen in den Niederlanden aufgehalten haben und im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sind. Der EuGH entschied, dass diese Ungleichbehandlung nicht gegen das Diskriminierungsverbot verstoße, da fünf Jahre Aufenthalt eine angemessene Dauer seien, um die Integration der Person in die Gesellschaft anzunehmen. In Anlehnung an die Richtlinie über den Aufenthalt von Unionsbürgern (Rahmenbeschluss 2002/584/JI des Rates vom 13. Juni 2002) dürften jedoch neben Anforderungen an die Aufenthaltsdauer keine ergänzenden verwaltungsrechtlichen Anforderungen - wie den Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung - gestellt werden.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-123/08>

(Svea Bernhöft)

1.4. Sitzung des Rates für Justiz und Inneres (JI-Rat) am 23. Oktober 2009

Die EU-Justizminister haben sich in ihrer Sitzung am 23. Oktober 2009 in Luxemburg auf strafrechtliche Themen konzentriert, u.a.

1. strafrechtliche Mindeststandards

Hier einigten sich die EU-Justizminister auf ein Paket zur Stärkung der Rechte von Beschuldigten, das sich zusammensetzt aus dem Rahmenbeschlussvorschlag über das Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung in Strafverfahren (siehe auch Monatsbericht Nr. 07/09 vom 27.07.2009), dem Entwurf für Leitlinien für die Mitgliedstaaten zur Verwirklichung dieses Rechts sowie dem Entwurf für eine Entschließung des Rates über einen „Fahrplan“ zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten. Als künftige Arbeitsfelder werden z.B. die Bereiche Rechtsbelehrung und Unterrichtung über die vorgeworfene Beschuldigung, Recht auf Rechtsbeistand und Prozesskostenhilfe sowie ein Grünbuch für gemeinsame Standards im Rahmen der Untersuchungsphase genannt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14552-re01.de09.pdf>

2. Übertragung von Strafverfahren

Die Beratungen zum Rahmenbeschlussvorschlag zur Übertragung von Strafverfahren, wonach Ermittlungsverfahren von einem Mitgliedstaat auf einen Anderen übertragen werden können, wenn eine eigene Zuständigkeit zur Strafverfolgung und die Bereitschaft zur Übernahme besteht, wurden fortgesetzt. Die EU-Justizminister befassten sich mit dem Verfahren der Antragstellung, der Entscheidung der angesprochenen Stelle, den Konsultationen zwischen Antrag stellenden und angesprochenen Justizbehörden sowie der Zusammenarbeit mit Eurojust und dem Europäischen Justiziellen Netzwerk. <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st11/st11119.de09.pdf>

3. Abkommen zwischen EU und USA zu Auslieferung und Rechtshilfe

Der Rat nahm eine Entscheidung an, die den Abschluss von zwei Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika genehmigt: Das Auslieferungsabkommen soll sicherstellen, dass bei Ausliefe-

rungen in die USA keine Todesstrafe verhängt werden kann; das Rechtshilfeabkommen legt Regeln für die Identifizierung von Bankdaten und Verfahren für gemeinsame Ermittlungsgruppen sowie den Einsatz von Videokonferenzen zur Vernehmung von Zeugen oder zur Anhörung von Experten fest und schließt Garantien für den Schutz von Personaldaten ein. Beide Abkommen ergänzen die bestehenden bilateralen Abkommen in diesen Feldern zwischen den USA und den EU-Mitgliedstaaten. Nach Ratifizierung im Rahmen des EU-US Justiz- und Innenministertreffens vom 26. bis 28. Oktober 2009 in den USA sollen die Abkommen am 1. Februar 2010 in Kraft treten.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st07/st07746.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st07/st07746-co01.de09.pdf>

Weitere Informationen zum JI-Rat können der Pressemitteilung des Rates entnommen werden:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/110759.pdf (englisch)

Der nächste JI-Rat wird voraussichtlich am 30. November/1. Dezember 2009 stattfinden.

(Svea Bernhöft)

2. Polizei und Katastrophenschutz

2.1. stufenweise Aufhebung des Verbots von Flüssigkeiten an Bord von Luftfahrzeugen

Am 1. Oktober 2009 hat die Kommission ihre Pläne zum stufenweisen Abbau des Verbots von Flüssigkeiten an Bord von Luftfahrzeugen veröffentlicht. Da alternative Techniken zum Aufspüren gefährlicher Stoffe wie Sprengstoff noch nicht flächendeckend anwendungsreif seien, könne nicht bereits ab April 2010 - wie ursprünglich anvisiert - auf klassische Kontrollen verzichtet werden. Der Vorschlag sieht insoweit den stufenweisen Abbau des Verbots von Flüssigkeiten hin zum Screening vor: ab April 2010 sollen zunächst Transitpassagiere teilweise von den Regeln ausgenommen werden; der Einsatz moderner Durchleuchtungsgeräte soll bis April 2012 auf allen größeren Flughäfen (ab zehn Millionen Passagieren im Jahr) und ab April 2014 auf allen EU-Flughäfen Standard werden. <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st13/st13974.en09.pdf>
(Svea Bernhöft)

2.2. Zwei Personen aus sog. EU-Terrorliste gestrichen

Der Sanktionsausschuss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hat im September 2009 beschlossen, die Liste der Personen, Gruppen und Organisationen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen einzufrieren sind, um eine Person zu reduzieren. Der aus der EU-Terrorliste gestrichene Name ist im Amtsblatt der EU vom 08. Oktober 2009 (VO (EG) Nr. 937/ 2009) veröffentlicht. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:264:0007:0008:DE:PDF>
(Anja Breyer)

2.3. EU-Innenminister für Stärkung von Europol

Bei einem informellen Treffen am 01. Oktober 2009 in Den Haag berieten die EU-Innenminister darüber, wie die Zusammenarbeit innerhalb der EU bei der grenzüberschreitenden Verbrechensbekämpfung verbessert werden kann. In diesem Zusammenhang forderten die Innenminister eine engere Zusammenarbeit zwischen den EU-Agenturen Europol, Eurojust und der Grenzagentur Frontex. Insbesondere Europol soll dabei verstärkt als eine Plattform für den Informationsaustausch in den Bereichen der schweren organisierten Kriminalität sowie der Terrorismusbekämpfung durch die Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedsstaaten genutzt werden. Weitere Informationen (englisch):

<http://www.europol.europa.eu/index.asp?page=news&news=pr091001.htm>

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/10/1/deeper_law_enforcement_cooperation

(Anja Breyer)

2.4. Europol und Eurojust - Zusammenarbeit durch neues Abkommen verstärkt

Als wichtigen Schritt für einen effektiven Kampf gegen die organisierte grenzüberschreitende Kriminalität unterzeichneten am 01. Oktober 2009 die Präsidenten von Europol, Herr Rob Wainwright, und Eurojust, Herr José Luís Lopes da Mota, eine neue Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen den beiden Agenturen. Das Abkommen regelt die Modalitäten für eine engere und verstärkte Zusammenarbeit sowie die Bestimmungen für den Austausch von allgemeinen und persönlichen Daten innerhalb der Datenschutzregeln beider Agenturen.

Weitere Informationen (englisch):

<http://www.europol.europa.eu/index.asp?page=news&news=pr091005.htm>

(Anja Breyer)

2.5. Europol: Bericht zur Bedrohung durch organisierte Kriminalität „OCTA 2009“ veröffentlicht

Europol hat am 22. Oktober 2009 den diesjährigen OCTA-Report in englischer Fassung veröffentlicht. Auf der Grundlage von Europol-Analysen werden die gegenwärtigen und zu erwartenden Trends der organisierten Kriminalität, einschließlich Analysen zu den Strukturen und Interaktion der Tätergruppen, in den Bereichen Drogenhandel, Menschenhandel, illegale Einwanderung, Betrug, Fälschung und Geldwäsche zum Nachteil der EU dargestellt und beurteilt.

Weitere Informationen (englisch): [http://www.europol.europa.eu/publications/European_Organised_Crime_Threat_Assessment_\(OCTA\)/OCTA2009.pdf](http://www.europol.europa.eu/publications/European_Organised_Crime_Threat_Assessment_(OCTA)/OCTA2009.pdf)

(Anja Breyer)

2.6. Sitzung des Rates für Justiz und Inneres (JI-Rat) am 23. Oktober 2009

Bei dem am 23. Oktober 2009 in Luxemburg stattgefundenen JI-Rat standen im Bereich der Innenpolitik u.a. folgende Hauptthemen zur Diskussion auf der Tagesordnung:

• Akkreditierung von forensischen Laboratorien

Die EU-Justizminister einigten sich auf den Rahmenbeschluss über die Akkreditierung von kriminaltechnischen Labortätigkeiten, wonach Ergebnisse von Labortätigkeiten in einem Mitgliedstaat in anderen Mitgliedstaaten als gleichwertig anerkannt werden (siehe auch Monatsbericht Nr. 07/09 vom 27.07.2009).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st11/st11419-de09.pdf>

• Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Einrichtung eines Europäischen Netzes für Kriminalprävention (ENKP)

Der JI-Rat erzielte eine grundsätzliche Einigung zu dem Beschlussentwurf zur Einrichtung des Europäischen Netzes für die Kriminalprävention. Die in den Jahren 2008/2009 durchgeführte Evaluation des seit mehreren Jahren bestehenden Netzes hatte u.a. die Notwendigkeit für mehr Engagement bei den Aktivitäten innerhalb des Netzes durch die Vertreter der Mitgliedsstaaten und die Stärkung des Sekretariats gefordert. Zu dem Zwecke wird der Beschluss von 2001 aufgehoben und eine Reihe von Punkten (z.B. Aufgaben des Sekretariats, Bestimmung über Kontaktstellen u.w.) im neuen Beschlussentwurf geändert. Hauptziele des ENKP sind u.a. Maßnahmen zur Verbrechensverhütung, hauptsächlich im Bereich der Jugend- und Drogenkriminalität, zu entwickeln, der Austausch von bewährten Praktiken und die Stärkung des Netzes der zuständigen nationalen Behörden.

• Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels

Der JI-Rat erörterte den Vorschlag für einen Rahmenbeschluss zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz von Opfern sowie zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI. Der von der Kommission im April 2009 vorgelegte Entwurf, welcher im engen Zusammenhang mit der Bekämpfung der Kinderpornografie steht, sieht drei Tätigkeitsfelder vor: Verfolgung von Straftätern, Schutz der Opfer und Vermeidung von Straftaten in diesem Bereich. Zum

Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten, Drittländern, Nichtregierungsorganisationen (NGO's), regionalen sowie internationalen Institutionen und damit zur Stärkung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit hatte der schwedische Ratsvorsitz am 19./20. Oktober 2009 in Brüssel eine EU-Ministerkonferenz „Towards Global EU Action Against Trafficking in Human Beings“ organisiert. Als Ergebnis wurde eine nicht verbindliche Erklärung „2009 October Declaration On Trafficking in Human Beings“ verabschiedet, die eine Sammlung von Ideen und Ansichten darstellt. Der JI-Rat diskutierte die noch offenen Punkte; eine förmliche Entscheidung wird in der nächsten Sitzung erwartet.

Rahmenbeschlussvorschlag: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08151.de09.pdf>

EU-Ministerkonferenz:

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/10/19/towards_eu_global_action_against_trafficking_in_human_beings (englisch)

Weiterhin wurden ohne Aussprache folgende A-Punkte durch den Rat verabschiedet:

- **Schlussfolgerungen zu Finanzkoalitionen gegen Kinderpornographie im Internet**
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/110721.pdf (englisch)
- **Schlussfolgerungen zur Strategie für die Verwirklichung der Rechte und eine bessere Unterstützung von Personen, die in der Europäischen Union zum Opfer einer Straftat werden**
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/110726.pdf (englisch)

Weitere Informationen zum JI-Rat können der Pressemitteilung des Rates entnommen werden:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/110759.pdf (englisch)

Der nächste JI-Rat wird voraussichtlich am 30.November/ 01.Dezember 2009 stattfinden.

(Svea Bernhöft, Anja Breyer)

2.7. Sitzung des Gemischten Ausschusses zu VIS und SIS II

Am Rande der Sitzung des JI-Rates kamen weiterhin die Innenminister der EU-Mitgliedstaaten mit den Ministern von Norwegen, Island, Liechtenstein und der Schweiz zusammen. Der sog. „Gemischte Ausschuss“ ließ sich zum Sachstand bei der Entwicklung des Visa-Informationssystems (VIS) und des Schengener Informationssystem (SIS II) berichten.

Hinsichtlich des VIS wird es aufgrund technischer Probleme des zentralen Systems sowie durch Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der nationalen Systeme in einigen Mitgliedsstaaten zu Verzögerungen kommen. Nach Abschluss der laufenden Tests im November soll durch die Kommission ein neuer Zeitplan erstellt und im nächsten JI-Rat nach Möglichkeit gebilligt werden.

Im Rahmen der Berichterstattung zum SIS II – Projekt wurde als zentrale Aussage festgehalten, dass sich gemeinschaftlich, trotz auch in diesem Projekt vorhandener Probleme mit dem Zentralsystem und den Vorbereitungen auf den nationalen Ebenen, intensiv darum bemüht wird, den im Juni vom Rat beschlossenen Zwischentest, sog. 1. Meilensteintest (siehe auch Monatsbericht Nr. 06/09 vom 26.06.2009), noch im Dezember 2009 durchzuführen.

(Anja Breyer)

3. Inneres

3.1. Europäische Kommission nimmt Vorschläge zur Asylpolitik an („zweites Asyl-Paket“)

Als weiteren Schritt zur Schaffung eines einheitlichen Europäischen Asylsystems hat die Europäische Kommission am 21. Oktober 2009 Vorschläge zur Änderung geltender Asylrechtsakte aus der ersten Phase der Asylrechtsharmonisierung vorgelegt. Im Einzelnen handelt es sich um

(1.) Änderungen der so genannten Qualifikations- oder Anerkennungsrichtlinie (RL 2004/83/EG vom 29.04.2004) sowie

(2.) der Asylverfahrensrichtlinie (RL 2005/85/EG vom 1.12.2005).

Mit dem Vorschlag zu 1. sollen im Wesentlichen Rechtsbegriffe präzisiert, die Rechtsstellung von Flüchtlingen und Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz verbessert und die Schutznormen weiter harmonisiert werden. Der Vorschlag zu 2. gehört zu den Initiativen, mit denen unionsweit für qualitativ bessere und stärker vereinheitlichte Standards im Bereich des internationalen Schutzes

gesorgt werden soll. Die geplanten Maßnahmen sollen die Kohärenz zwischen den Asylrechtsakten der EU verbessern, die Verfahrensvorschriften in der EU vereinfachen, angleichen und konsolidieren und zu tragfähigeren erstinstanzlichen Entscheidungen führen, um auf diese Weise Missbrauch zu verhindern und ein effizienteres Asylverfahren zu erreichen.

Die Vorschläge der Kommission, die unter

http://ec.europa.eu/prelex/detail_dossier_real.cfm?CL=de&DosId=198704 (zu 1.) und

http://ec.europa.eu/prelex/detail_dossier_real.cfm?CL=de&DosId=198716 (zu 2.)

abrufbar sind, werden nunmehr im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens in Rat und Europäischem Parlament beraten.

Pressemeldung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1552&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(Roland Stevener)

3.2. Europäische Kommission: Einstellung von Vertragsverletzungsverfahren im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit

Die Europäische Kommission hat am 8. Oktober 2009 mehrere gegen Deutschland eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren eingestellt. Sie zieht damit die Konsequenzen aus der jüngsten kommunalfreundlichen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur interkommunalen Zusammenarbeit (EuGH-Entscheidungen „Coditel-Brabant“ [C-324/07], „Sea“ [C-573/07] und „Stadtreinigung Hamburg“ [C-480/06]).

Von der Einstellung betroffen ist zum Einen ein Verfahren, in dem die Kommission die Nichtvergabe von Straßenunterhaltungsarbeiten durch Landkreise mehrerer Bundesländer (darunter auch Brandenburg) an die Länder (Landesstraßenbauverwaltung) gerügt hatte.

Des Weiteren werden diverse Verfahren nicht mehr weiter verfolgt, in denen es sowohl um vertikale als auch horizontale Formen der öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit im Bereich der Abfallbeseitigung (Rheinland-Pfalz) sowie bei IT-Verträgen (in Hamburg und Nordrhein-Westfalen) geht. Im Einzelnen handelte es sich um folgende Auftragsvergaben:

- Zwischen 2002 und 2008 vergaben die Landkreise Altenkirchen, Alzey-Worms, Bad Kreuznach und Rhein-Hunsrück sowie die Zweckverbände Abfallwirtschaft Kaiserslautern und Deponiezweckverband Eiterköpfe Dienstleistungsaufträge zur Abfallbehandlung bzw. –beseitigung mit einem Volumen zwischen 1,2 Mio. und 6 Mio. EUR pro Jahr.
- Die Stadt Hamburg schloss im Jahr 2006 mit einer öffentlich-rechtlichen Anstalt, die von den Ländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein gemeinsam errichtet worden ist, einen Vertrag über die Lieferung und Wartung von Softwareanwendungen für das Einwohnermeldewesen.
- 2008 schlossen die Städte Bochum und Dortmund eine Vereinbarung, in deren Rahmen der technische Betrieb des Meldesystems der Stadt Bochum auf die Stadt Dortmund übertragen wurde.
- Ebenfalls in NRW schloss der Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (KDVZ) im Mai 2008 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (KRZ) über die Lieferung und den technischen Betrieb einer Softwareanwendung.

Die Kommission kommt nunmehr zu der Auffassung, dass die genannte Fälle im Lichte der Teckal-Rechtsprechung sowie der jüngsten Rechtsprechung des EuGH zur interkommunalen Zusammenarbeit nicht mehr gegen Gemeinschaftsrecht verstoßen.

Die Pressemitteilungen der Kommission vom 8.10.2009 sind hier abrufbar:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1465&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (Kooperation im Bereich der Abfallbehandlung in Rheinland-Pfalz)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1462&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (Kooperation beim Abschluss von IT-Verträgen in Hamburg und Nordrhein-Westfalen)

(Roland Stevener)

4. Wirtschaft

4.1. Online-Informationssystem SETIS in Betrieb genommen

Die Europäische Kommission hat am 7. Oktober 2009 das Online-Informationssystem SETIS in Betrieb genommen. Mit Hilfe des Programms sind online Informationen zum sog. SET-Plan (Strategieplan für Energietechnologie) abrufbar. Im Rahmen des SETIS werden die kohlenstoffarmen Technologien (z. B. Windkraft, Solarenergie, Bioenergie) bewertet und beobachtet. Das System hilft dabei, zu ermitteln, wo Ressourcen am besten eingesetzt und Maßnahmen im Interesse der EU koordiniert werden können. Weitere Informationen: <http://www.ec.europa.eu/Mark/Wernicke>

4.2. Neu: Auszeichnung „Europäische Unternehmerregion“

Im Rahmen der jährlichen OPEN DAYS, der europäischen Woche der Regionen und Städte in Brüssel, wurde am 07.10.2009 bekannt, dass der Ausschuss der Regionen (AdR) der EU zukünftig die Auszeichnung „Europäische Unternehmerregion“ (EER) vergibt. Im Rahmen dieses Pilotprojekts sollen EU-Regionen mit einer herausragenden unternehmenspolitischen Weitsicht ermittelt und ausgezeichnet, sowie lokale und regionale Gebietskörperschaften dazu ermutigt werden, sich stärker für die Förderung von Kleinunternehmen in Europa einzusetzen. Weitere Informationen auf der EER- Website unter www.cor.europa.eu (Mark Wernicke)

4.3. Mario Monti neuer Berichterstatter für den Europäischen Binnenmarkt

Am 20. Oktober 2009 gab Kommissionspräsident Barroso bekannt, dass er Mario Monti, Präsident der Bocconi Universität und von 1995-1999 und EU-Kommissar für den Binnenmarkt, Finanzdienstleistungen und Steuerpolitik, mit einem Bericht zur Einführung des Binnenmarktes beauftragt habe. Integration und Zukunftsfähigkeit der EU beruhen im Wesentlichen auf der Realisierung des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes. In Anlehnung an die von ihm veröffentlichten politischen Leitlinien fordert Barroso eine neue politische Zusammenarbeit, um den Gefahren aufkommender ökonomischer Nationalisierung zu begegnen, die nach Meinung der Kommission der Idee des gemeinsamen Marktes entgegen steht. Monti, soll in seinem Bericht erforschen, inwieweit die Stärkung des Binnenmarktes und sozialer Fortschritt in einer integrierten europäischen Wirtschaft erreicht werden können. Weitere Informationen: http://ec.europa.eu/internal_market/index_en.htm (Mark Wernicke)

4.4. Überlegungen zu digitalem Binnenmarkt

Die Kommission stößt Überlegungen zu einem digitalen Binnenmarkt für kreative Online-Inhalte an. Am 22.10.2009 legte die Europäische Kommission ein Diskussionspapier vor, in dem die mögliche Schaffung eines digitalen europäischen Binnenmarktes für kreative Inhalte wie Bücher, Filme, Musik und Videospiele thematisiert wurde. Kommissionsstudien zufolge könnten Produzenten ihren Endkundenumsatz in einem echten, grenzenlosen Binnenmarkt vervierfachen. Diese mögliche Entwicklung ist jedoch auch von der Begleitung klarer, verbraucherfreundlicher Maßnahmen durch Branchenkreise und staatliche Stellen abhängig. Die Kommission fordert in dem Papier die potentiellen Akteure (Rechteinhaber Verbraucher und kommerzielle Nutzer) auf, sich an der Diskussion zu beteiligen. Weitere Informationen: http://ec.europa.eu/avpolicy/other_actions/content_online/index_de.htm (Mark Wernicke)

4.5. 130 neue „Botschafterinnen“ in der EU

Geschäftsfrauen als Botschafterinnen des Unternehmertums. Auf Initiative der EU-Kommission starten ab 06.10.2009 insgesamt 130 erfolgreiche europäische Geschäftsfrauen eine Kampagne, innerhalb derer sie selbst als Vorbilder auftreten. Die „EU-Botschafterinnen“ sollen mehr Frauen dazu ermutigen, als Unternehmerinnen selbständig zu werden. Nach Auffassung der Kommission blieb das Potenzial von Frauen in diesem Bereich zu lange im unzureichenden Maße genutzt. Durch die beschriebene Initiative sollen nicht nur innovative Geschäftskonzepte entwickelt, sondern auch die Rolle der Frau in der Gesellschaft gestärkt werden.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=764&langId=de>

(Mark Wernicke)

4.6. Neues interaktives Instrument zur Reduzierung von CO₂- Emissionen für Bürgermeister

Anlässlich der Open Days Veranstaltung in Brüssel (05.- 08.10.09) hat die EU- Kommission im Rahmen eines Workshops Online-Muster für nationale Aktionspläne für nachhaltige Energie (APNE) vorgestellt. Bürgermeister und kommunale Behörden konnten herausfinden „wie Städte ihren Aktionsplan und ihr Emissionsinventar erstellen“, in dem sie den Umgang mit dem neuen Online-Muster kennen lernen. Seit 2006 haben mehr als 700 Bürgermeister, die mehr als 110 Millionen Einwohner vertreten, den Konvent unterzeichnet und sich damit verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen über das EU-Sparziel von 20% bis 2020 hinaus zu reduzieren. Mehr Informationen zu den Aktionsplänen sind auf der Internetseite: www.eumayors.eu veröffentlicht.

(Stefanie Raedel)

4.7. Kodex für höheren Frauenanteil im Technologiesektor

Mit Stand vom März 2009 haben sich mit der Unterzeichnung des Verhaltenskodex bislang 28 Organisationen verpflichtet für eine Erhöhung des Frauenanteils an den Hochschulen in den Fachbereichen Naturwissenschaften, Technik und Ingenieurwissenschaften hinzuwirken und im Telekommunikations- und Internetsektor verstärkt Frauen einzustellen. Insbesondere mit Blick auf den absehbaren Fachkräftemangel ab 2010 soll mit Initiativen wie „Girls's day“, Mentoring-Programmen, flexible Arbeitszeiten und anderen innovativen Lösungen der Frauenanteil in den unterrepräsentierten Fachbereichen gestärkt werden. Das Europäische Online-Verzeichnis für Frauen im IKT-Sektor (www.ictwomendirectory.eu) ist eine zentrale Anlaufstelle über Aktivitäten, Stellenangebote, Gesetzesvorschriften und Statistiken zum Thema „Frauen und IKT“.

(Stefanie Raedel)

4.8. Digitale Revolution im EU- Filmsektor gefährdet Kinobranche

Immer häufiger greifen Filmproduzenten auf Digitaltechnik zurück. Diese Vorführtechnik könnte für viele europäische Kinos jedoch zu teuer sein. Etwa 31% der europäischen Kinos verfügen lediglich über eine Leinwand und nur 10% sind Multiplex-Kinos. Im Rahmen einer zweimonatigen Konsultation bis 16.12.09, möchte die Europäische Kommission die Auswirkungen auf die ca. 30.000 Filmtheater in Europa herausfinden. Auf Grundlage der Analyse wird bis 2010 eine Mitteilung über „Chancen und Herausforderungen für das europäische Kino im Digitalzeitalter“ erstellt. Im Rahmen des bestehenden Programms MEDIA (2001- 2013) sind bereits Mittel in Höhe von 755 Mio. EUR für die europäische audiovisuelle Industrie bereitgestellt worden. Weitere Informationen sind abrufbar unter: http://ec.europa/information_society/media/overview/2001/

(Stefanie Raedel)

4.9. EU öffnet Mobilfunkfrequenzen für drahtlose Breitbanddienste

Mit der Veröffentlichung neuer Vorschriften, die den Betrieb von 3G-Mobiltelefonen in GSM-Frequenzen erlauben, hat sich die EU auf eine Modernisierung der GSM-Richtlinie, die die Nutzung

der für Mobilfunkdienste benötigten Funkfrequenzen regelt, geeinigt. Hiermit wird der Wettbewerb auf den europäischen Telekommunikationsmärkten gefördert, da neben den GSM-Diensten auch schnelle europaweite, z.B. mobile Internetanschlüsse, angeboten werden können. Die nationalen Behörden haben nun sechs Monate Zeit, die Richtlinie umzusetzen. Nachlesbar unter: http://ec.europa.eu/informationen_society/policy/ecom/radio_spectrum/index_en.htm (Stefanie Raedel)

4.10. Bürokratiebau: EU im Zeitplan

Im Rahmen des Aktionsprogramms zur Reduzierung von Verwaltungskosten für Unternehmen hat die Kommission in ihrem Fortschrittsbericht Vorschläge zur Reduzierung von insgesamt 123,8 Mrd. EUR um etwa 40,4 Mrd. EUR (Reduzierung um 33%) vorgelegt. Gemäß Bericht wurden bisher Maßnahmen in Höhe von 7,6 Milliarden EUR umgesetzt. Die Vorschläge, die noch auf die Annahme durch das Europäische Parlament und den Rat warten, würden weitere 30,7 Mrd. EUR Einsparung bewirken. Dies gilt insbesondere für zwei Vorschläge: der elektronischen Einführung zur Abrechnung der Mehrwertsteuer (Einsparung von 18 Mrd. EUR) und im Bereich des Unternehmensrechts die Herausnahme von Kleinstbetrieben bei der Anwendung der Rechnungslegungs-Richtlinie. Die Senkung der Rechtsvorschriften soll die Wettbewerbsfähigkeit, das Wachstum und Arbeitsplätze fördern und steht im Einklang mit dem Small Business Act sowie dessen Grundsatz: „Think Small First“. Insgesamt ist eine Reduzierung der Verwaltungskosten für Unternehmen um 25% bis 2012 geplant. Weitere Informationen unter: http://ec.europa.eu/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?lang=de&tpa_id=128&item_id=3766 (Stefanie Raedel)

5. Verkehr

5.1. Verkehrsministerrat in Luxemburg

Bei der Tagung der EU- Verkehrsminister am 9. Oktober in Luxemburg standen u. a. auf der Tagesordnung:

- Mitteilung der EU-Kommission für eine nachhaltige Zukunft des Verkehrs (http://ec.europa.eu/transport/strategies/doc/2009_future_of_transport/2009_comm_future_of_transport_policy_de.pdf),
- Passagierrechte im See- und Binnenwasserstraßenverkehr und
- das Verbot von Flüssigkeiten im Handgepäck von Fluggästen. Hier ist kurzfristig keine Änderung der gegenwärtigen Regelungen absehbar, weil die notwendige Technik noch nicht verfügbar ist und auch nicht absehbar ist, wann dies sein kann.

Eine Pressemitteilung der schwedischen Präsidentschaft findet sich unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/110493.pdf Weitere Hintergrundinformationen können bei mir erfragt werden. (Ellen Kray)

5.2. Marco Polo: Überarbeitung veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat am 9. Oktober neue Vorschriften zum Förderprogramm „Marco Polo“ verabschiedet. Das Programm gewährt der Verkehrsindustrie Finanzhilfen für Projekte, die dazu beitragen, den Güterverkehr auf unseren überfüllten Straßen zu verringern oder auf andere, nachhaltigere Verkehrsträger wie Schiff, Schiene oder Binnenwasserstraßen zu verlagern. Die nächste Ausschreibungsrunde soll Anfang 2010 erfolgen. Die wichtigsten Änderungen:

- Senkung der Mindestschwelle für förderfähige Projekte,
- Verkürzung der Zeitspanne zwischen Antragstellung und Unterzeichnung der Zuschussvereinbarungen,
- mehr Flexibilität.

Der neue Text ist im Amtsblatt veröffentlicht und nachzulesen unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:266:0001:0010:DE:PDF>
(Ellen Kray)

6. Energie

6.1. Kommission fordert zusätzliche Mittel für CO₂-arme Technologien

Die Europäische Kommission fordert zusätzliche 50 Mrd. Euro für CO₂-arme Technologien. In einem am 7. Oktober veröffentlichten Vorschlag („Investitionen in die Entwicklung von Energietechnologien mit geringen CO₂-Emissionen“) appelliert die Kommission an Behörden, Unternehmen und Forscher, ihre Anstrengungen zu bündeln bis 2020 die erforderlichen Technologien zu entwickeln, mit denen sich der Klimawandel bekämpfen, die Energieversorgung der EU sichern und die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften der EU-Mitgliedsstaaten stärken lassen. In dem Vorschlag geht die Kommission davon aus, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre zusätzlich 50 Milliarden Euro in die Energietechnologieforschung investiert werden müssen. Weitere Informationen: http://ec.europa.eu/energy/technology/set_plan/set_en.htm
(Mark Wernicke)

6.2. Kommission ruft zu Energieeffizienzsteigerung im IKT-Sektor auf

Die Kommission hat am 9. Oktober 2009 die europäische Branche der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) dazu aufgerufen, bis 2011 konkrete Schritte auszuarbeiten, um die Energieeffizienz bis 2015 um 20% zu steigern. Allein auf IKT-Ausrüstungen und Dienstleistungen entfallen 8% des Stromverbrauchs der EU, wodurch etwa 2% der Kohlendioxidemissionen verursacht werden. Eine intelligente Nutzung der IKT könnte nach Aussage der Kommission dazu beitragen, den Stromverbrauch in energieintensiven Bereichen (Gebäude, Verkehr u.ä.) zu verringern und so die CO₂-Emissionen bis 2020 um 15% zu senken. Die Kommission empfahl dem IKT-Sektor in diesem Zusammenhang bis 2011 ehrgeizige Energieeffizienzziele zu beschließen und forderte die EU-Mitgliedstaaten auf, bis Ende 2010 gemeinsame Spezifikationen für intelligente Messeinrichtungen zu vereinbaren. Weitere Informationen: http://ec.europa.eu/information_society/activities/sustainable_growth/energy_efficiency/
(Mark Wernicke)

7. Gesundheit

7.1. Kommission nimmt Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten in der EU in Angriff

Am 20.10.09 hat die Kommission die Mitteilung „Solidarität im Gesundheitswesen: Abbau gesundheitlicher Ungleichheiten in der EU“ verabschiedet. Darin werden Maßnahmen zur Verringerung der zwischen und in den Mitgliedstaaten bestehenden Ungleichheiten im Gesundheitsbereich vorgeschlagen. Durch Unterschiede im Zugang zur Gesundheitsversorgung, gesunder Lebensweise, aber auch Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Einkommensverhältnissen kommt es zu gesundheitlichen Ungleichheiten in der EU, die sich teilweise erheblich auf die Lebenserwartung auswirken. Die Initiative der Kommission umfasst Maßnahmen zur Verbesserung der Kenntnisse und der Datenerhebung und zielt auf eine bessere Einschätzung dessen, was die EU durch politische Maßnahmen zur Bekämpfung gesundheitlicher Ungleichheiten tun kann. 2012 ist ein Fortschrittsbericht geplant. Die Mitteilung ist nachlesbar unter: http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/socio_economics/socio_economics_en.htm
(Kathrin Rahn)

8. Verbraucherschutz

Der EU-Agrarrat beschloss zum 1. Mai 2010 eine zuvor heftig diskutierte Veränderung der Vermarktungsnorm für Geflügelfleisch im Sinne des Verbraucherschutzes. Streitpunkt war die Definition des Zustandes „Frisch“. Künftig dürfen keine zuvor eingefrorenen Hühnerfleischbestandteile verwendet werden und die Zubereitungen dann als „frisch“ verkauft werden.
(Jörg Ecker)

9. Kultur und Medien

9.1. Beihilfen für DVB-T Einführung in Berlin/Brandenburg rechtswidrig

Der Europäische Gerichtshof hat am 06.10.09 die Klage Deutschlands zurückgewiesen und die Entscheidung der Kommission von November 2005 bestätigt. Die Beihilfen, die die Bundesrepublik Deutschland über 5 Jahre an verschiedene private Sender in Berlin und Brandenburg zur Einführung digitalen terrestrischen Fernsehens (DVB-T) gewährte, sind rechtswidrig und müssen zurückgefordert werden. Urteil der EuGH unter:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Submit&numaff=T-21/06>

(Kathrin Rahn)

10. Forschung

10.1. DAAD Broschüre zu ostdeutschen Hochschulen 20 Jahre nach dem Mauerfall

Die Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) hat anlässlich des 20. Jahrestages des Mauerfalls eine Broschüre herausgebracht zur Integration der ostdeutschen Hochschulen in die europäische Bildungszusammenarbeit. Sie ist zu finden unter:

http://eu.daad.de/imperia/md/content/eu/downloads/erasmus/publikationen/fin_09-30854_20jahre_mauerfall.pdf

(Ellen Kray)

10.2. Europäische Forschung: Experten fordern Renaissance

Anfang Oktober wurde der erste Jahresbericht des Rates für den Europäischen Forschungsraum (ERAB) mit dem Titel „Preparing Europe for a New Renaissance - A Strategic View of the European Research Area“ vorgelegt. Der hochrangige Beirat, der von der Kommission eingesetzt wurde, um die Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums (EFR) zu unterstützen, setzt sich aus 22 Persönlichkeiten aus den Bereichen Wissenschaft/Hochschulen und Wirtschaft zusammen. Im Bericht wird dargelegt, wie sich der Europäische Forschungsraum bis 2030 im Interesse der EU und der internationalen Gemeinschaft weiterentwickeln soll. Mehr unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1424&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(Ellen Kray)

10.3. Rechnungshof: Sonderbericht zu Exzellenznetzen und integrierten Projekten

Der Europäische Rechnungshof hat in einem Sonderbericht analysiert, inwieweit die zwei im 6. Rahmenprogramm (2002- 2006) neu eingeführten Instrumente - Exzellenznetze und integrierte Projekte - zur Verwirklichung der forschungspolitischen Ziele sowie ihrer eigenen spezifischen Ziele beigetragen haben. Das Ergebnis relativiert die hochgesteckten Ziele, die nur teilweise erreicht worden seien. Beispielsweise sei der Anteil der Privatwirtschaft und insbesondere der KMU-Anteil nicht gestiegen. Auch habe die Verwaltung seitens der EU-Kommission Schwachstellen aufgewie-

sen, die die Wirksamkeit der Maßnahmen beeinträchtigt hätten. Mehr unter: <http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/3074295.PDF> und <http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/3090295.PDF> (Ellen Kray)

11. Land- und Forstwirtschaft / Fischerei

11.1. Milchmarktkrise in der Landwirtschaft

Das Europäische Parlament machte auf der Plenartagung in Straßburg vom 19.-22. Oktober den Weg frei für weitere 300 Mio. Euro zur Unterstützung des Milchsektors. Die Kommission hatte zuvor 280 Mio. Euro vorgeschlagen. Noch ist nicht klar, welche konkreten Maßnahmen mit diesem Geld umgesetzt werden sollen, das nach Kommissionsaussage den Milchbauern möglichst direkt zugute kommen soll. Es wird für Deutschland mit einem Anteil von ca. 56 Mio. Euro gerechnet. Die Konferenz der Agrarminister der EU-Mitgliedsstaaten, der sogenannte Agrarrat, beschäftigte sich überwiegend mit der Situation auf dem Milchsektor. Die Kommission legte ihren vierteljährlichen Bericht zum Milchmarkt vor und ging auf die Vorschläge zur Verbesserung der Lage auf dem Milchmarkt ein, die 21 Mitgliedsstaaten (darunter auch Deutschland) der KOM vorher schriftlich übergeben hatten. Weitere Erstattungen für Exporte von Milchprodukten in Drittländer werden seitens der Kommission kritisch gesehen, da sie unerwünschte Folgen auf dem Weltmarkt haben könnten. Einer Erweiterung des Schulmilchprogramms steht man dagegen offen gegenüber. Handlungsbedarf bei der Verbraucherinformation zu einer eindeutigeren Kennzeichnung von Milchimitaten in Lebensmitteln sieht die Kommission nicht, da die bestehenden Verbraucherschutzinstrumente gegen missbräuchliche Kennzeichnungen ausreichen. Zur Behebung der Krise wurde der Interventionszeitraum für Butter und Magermilch befristet verlängert, ebenso soll die Summe staatlicher Beihilfen, die als nicht-wettbewerbsverzerrend gelten (De-Minimis-Regelung) für die Landwirtschaftsbetriebe von 7500 auf 15000 Euro verdoppelt werden. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten befürwortete zudem eine Kompetenzerhöhung (nach Artikel 186 der Verordnung über die einheitliche gemeinsame Marktorganisation) für die Kommission, um schneller als bisher marktgulierende Maßnahmen im Milchsektor vornehmen zu können. Sie begrüßten auch die schnelle Einberufung einer hochrangigen Expertengremiums durch die Kommission, die Vorschläge für einen neuen umfassenden Regelungsrahmen für den Milchmarkt vorschlagen soll. (Jörg Ecker)

11.2. Fischerei

Die EU-Fischereiminister beschlossen am 20. Oktober einheitliche und verschärfte Strafen bei Verstößen. Anders als in unsachlichen Presseberichten vorher verkündet, ist die Freizeitfischerei nicht betroffen. Ähnlich dem Verkehrssünderregister in Flensburg tritt nächstes Jahr ein Punktesystem in Kraft, das Verstöße mit Strafen bis hin zum Verlust der Fanglizenz EU-einheitlich sanktioniert. Übermäßiges Fischen hat die Bestände vieler Speisefischarten erheblich verringert. 30 von 35 Fischbeständen gelten derzeit als überfischt. Es wurden deswegen zulässige Gesamtfischmengen (TAC) für einzelne Vorkommen festgelegt (weitere Infos unter: http://ec.europa.eu/fisheries/press_corner/press_releases/2009/com09_54_de.htm) Um die Bestände zu stabilisieren wurden Beschlüsse gefasst, die tolerierte Überfischungsmengen bei Kontrollen auf 10 % abzusenken und strengere Strafen bei Verwendung zu engmaschiger Netze und Schonzeitvergehen zu verhängen. (Jörg Ecker)

12. Umwelt- und Naturschutz

12.1. EU-Vorbereitungen zur Weltklimakonferenz

Der Flug- und Schiffsverkehr soll nach übereinstimmender Meinung der EU-Umweltminister in die Umweltauflagen bei der Weltklimakonferenz in Kopenhagen mit aufgenommen werden. Der verab-

schiedete Forderungskatalog anlässlich des EU-Umweltministerrates am 21. Oktober sieht vor, dass die Treibhaus-Emissionen von Flugzeugen langfristig um 10 % und die des Schiffsverkehrs um 20 % gegenüber 2005 sinken sollen. Die EU unterstützt die Forderung, insgesamt 80- 95 % des Gesamt-CO₂-Ausstoßes gegenüber dem Bezugsjahr 1990 zu reduzieren.

Strittig sind jedoch noch die die Finanzierungsanteile innerhalb der EU (Bedenken vor allem in Polen, Rumänien, Litauen) sowie der Umgang mit ungenutzten Emissionsrechten. Einige osteuropäische Mitgliedsstaaten verlangen ihre aufgrund der Wirtschaftskrise nicht genutzten CO₂-Ausstoßmengen auch nach 2012 noch nutzen zu können.

(Jörg Ecker)

II. Aus der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

1. Staatssekretär Dr. Harms eröffnet Kleistausstellung



Am Mittwoch, den 7. Oktober 2009 wurde eine Ausstellung zu den Reisen Heinrichs von Kleist in den Jahren 1801 bis 1810 in Brüssel eröffnet. In ihren Reden gingen Europastaatssekretär Dr. Harms, der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder), Peter Fritsch und der Direktor des Kleistmuseums, Dr. Wolfgang de Bruyn, auf Leben Kleists und in seiner Zeit sowie die Rolle der Landesvertretung als „Schaufenster“ des Landes Brandenburg

ein.

Heinrich von Kleist wurde am 10. Oktober 1777 in Frankfurt (Oder) geboren. Der Kurator der Ausstellung, Herbert Schirmer, hat Zeitdokumente und Informationen zu den Stationen der Reisen Kleists in Europa zusammengetragen. Sie werden auf 30 Tafeln gezeigt und erläutert.

Die Ausstellung ist als Wanderausstellung konzipiert und soll anlässlich des 200. Todestages des Dichters am 21.

November 2011 an ihn und sein Werk erinnern. Sie wird bis zum 8. Dezember in Brüssel gezeigt und geht dann nach Eupen im deutschsprachigen Teil Belgiens. Weitere Ausstellungsorte sind Rom, Kaliningrad, das Schloss Branitz bei Cottbus, Rheinsberg, Berlin und Frankfurt (Oder).

(Ellen Kray)



2. EU-Referenten aus Berlin und Brandenburg in Brüssel

Die EU-Referenten der Brandenburger Ministerien und der Berliner Senatsverwaltungen sowie die Europabeauftragten der Kreise und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg und der Berliner Bezirke kommen jährlich zu einem Informationsseminar nach Brüssel. Die Vorbereitung erfolgt abwechselnd durch einer der beiden EU-Vertretungen mit dem Besucherdienst der EU-Kommission. In diesem Jahr war Brandenburg an der Reihe, das Programm für den 8. und 9. Oktober zu erstellen. Auf dem Programm standen die Themen:

- Zukunft der Kohäsionspolitik,
- Öffentliche Auftragsvergabe,
- Asylpolitik,
- Ostseestrategie,
- Patientenrecht in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung,
- EU-Ziele im Klimaschutz,

- Informationsquellen.

Die Gruppe wurde am 8. Oktober durch Staatssekretärin Monika Helbig, der Europabeauftragten des Landes Berlin sowie dem Leiter der brandenburgischen Vertretung, Dr. Marcus Wenig, begrüßt. Am ersten Tag hatten die 44 Teilnehmer Gelegenheit beim Mittagessen von den drei Europaabgeordneten (MEP) Elisabeth Schroedter, Helmut Scholz und Michael Cramer direkt über ihre Arbeit informiert zu werden und mit ihnen zu diskutieren. Beim Abendempfang in der brandenburgischen Landesvertretung stellte die Europaabgeordnete Alexandra Thein ihre Arbeit vor und Helmut Scholz führte seine Gespräche vom Mittag fort. Es ergaben sich in lockerer Atmosphäre danach viele Gespräche, auch mit Kollegen aus anderen Länderbüros.
(Ellen Kray)

